

Ulrich Kelber

## Die Zukunft wird bunter – Rot kann die Grundfarbe dabei sein

Es war so schön geplant: Nachdem das erste politische »Kennen lernen« von SPD- und FDP-Bundespolitikern abgesagt werden musste, weil die Medien Zeit und Ort des Treffens kannten und angesichts des damaligen akuten Streits in der Großen Koalition ein Blitzlichtgewitter zu erwarten gewesen wäre, verabredete man sich für das zweite Treffen in einem schönen Restaurant außerhalb des Regierungsviertels. Die Wahl war gut, aber nicht vom Glück begleitet. In der Tat gab es neben den zehn roten und gelben Bundestagsabgeordneten nur drei weitere Gäste. Leider waren dies aber der Bundesaußenminister, der Chefredakteur der BILD-Zeitung und ein weiterer Journalist ...

Warum gibt es so viel mediales Interesse an einer Selbstverständlichkeit, nämlich dem Dialog zwischen demokratischen Parteien über politische Gemeinsamkeiten und ideologische Unterschiede? Natürlich interessieren dabei die Menschenleien und die zumeist haltlosen Spekulationen über schnelle Koalitionswechsel. Aber im Hintergrund steht etwas anderes: Politiker und Medien spüren, dass die deutsche Koalitionslandschaft der Zukunft bunter wird: Neben Rot-Grün, Schwarz-Gelb und – im Notfall – Schwarz-Rot wird es öfters zu Rot-Gelb und Schwarz-Grün, aber auch zu Dreier-Konstellationen kommen. Deshalb sind solche Gespräche wie die zwischen SPD- und FDP-Abgeordneten ein Teil dieser Entwicklung.

### Rot-Gelb und Rot-Gelb-Grün sind möglich

Rudolf Scharping und Kurt Beck haben in Rheinland-Pfalz gezeigt, dass stabile Koalitionen zwischen SPD und FDP zumindest auf Landesebene wieder möglich sind. Und auf kommunaler Ebene haben

auch Ampel-Koalitionen gut gearbeitet. Manches spricht dafür, dass dies auch auf Bundesebene möglich wäre, wenn solche Koalitionen gut vorbereitet werden und die Akteure sich kennen und vertrauen. Gemeinsame Abendessen sind dabei angenehme, nicht zu unterschätzende Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennen lernen!

Die Aussicht auf ein neues Bündnis dieser Art mag bizarr anmuten. Sind doch immer noch Angriffe auf Guido Westerwelle und die »Neoliberalen« die beste Methode, um auf einem SPD-Parteitag Punkte zu machen. In der für Sozialdemokraten wichtigen Frage sozialer Gerechtigkeit gelten manche Statements aus den Reihen der FDP als reine Provokation. Umgekehrt gehört es in Reden liberaler Spitzenfunktionäre zum guten Ton, alle anderen Parteien außer der FDP als sozialdemokratisiert zu beschimpfen.

Dabei sind die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP und sogar mit dem potenziellen grünen Partner durchaus beachtlich, gewissermaßen sogar größer als die Gemeinsamkeiten jeder der drei Parteien gegenüber der CDU/CSU. Insbesondere die Gesellschaftspolitik im weiteren Verständnis verbindet SPD, FDP und Grüne, während CDU und CSU sich schwer tun, gesellschaftspolitisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

### Gemeinsame Umwelt- und Außenpolitik

Zugegeben, Guido Westerwelle hat die FDP in den letzten Monaten und Jahren außenpolitisch in eine Außenseiterrolle manövriert, die bei den Ex-FDP-Außenministern Genscher und Kinkel zu massiver Verärgerung geführt hatte. Aber Westerwelle wäre nicht Westerwelle, wenn er nicht bereit wäre, eine Politik auch in

kürzester Zeit aus strategischen Gründen zu korrigieren. Denn eigentlich waren sich, zumindest in den letzten fünfunddreißig Jahren, sozialdemokratische und liberale Außenpolitik näher im Vergleich zu Unions-Positionen. Zunächst in der Ostpolitik, dann auf dem Wege zur europäischen Erweiterung hatten SPD und FDP die gleiche Marschrichtung. Jede Wette, dass Außenpolitik zumindest kein Hindernis für eine rot-gelbe oder rot-gelbgrüne Koalition wäre, sondern sich eher schnell zum Kitt einer solchen Koalition entwickeln könnte.

Wer einmal erlebt hat, wie FDP und SPD oder sogar FDP und Grüne über Umweltpolitik streiten, wird dies als Sollbruchstelle entsprechender Koalitionen einschätzen. Zugegebenermaßen ist es einfach grotesk, wenn z.B. die FDP aus ordnungspolitischer Ideologie die deutsche Förderung der Erneuerbaren Energien ablehnt und durch andere Methoden ersetzen will, obwohl genau diese Methoden sich im Ausland als weniger wirksam und teurer herausgestellt haben. Und was Grüne und FDP angeht, gehört die Auseinandersetzung über Umweltpolitik zur ritualisierten Profilbildung für die jeweilige Anhängerschaft.

Doch wird dies so bleiben? Die zunehmende Anerkennung des Klimawandels als größte menschliche Herausforderung im 21. Jahrhundert drängt alle Parteien zu einer Ökologisierung der Programmatik und – auf Dauer – auch der Tagespo-

litik. Klimaschutz erzwingt eine Veränderung des Ressourcenverbrauchs und damit fast automatisch auch Fortschritte in anderen Bereichen des Umwelt- und Naturschutzes.

Keine Partei wird sich dem zunehmenden Druck der Bevölkerung, konsequenten Klimaschutz zu betreiben, entziehen können. Neben den GRÜNEN, die dem The-

ma durchaus immer treu, aber nicht immer eng genug verbunden waren, ziehen jetzt die anderen Parteien nach. Die SPD, lange Zeit zerrissen zwischen Traditionalisten und Öko-Gurus wie Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Hermann Scheer, scharft sich hinter dem ersten sozialdemokratischen Bundesumweltminister und dessen Idee einer ökologischen Industriepolitik. In FDP und CDU wurden Umweltpolitiker wie Michael Kauch von ganz oben ermuntert, die Programmatik der Partei »einzugrünen«. In der Tagespolitik ist davon noch wenig angekommen. Die urbanere Wählerschaft wird es der FDP auf Dauer aber leichter als der CDU machen, sich hier GRÜNEN und SPD anzunähern. Ein weiterer Vorteil für Rot-Gelb(-Grün) vor Schwarz-Grün(-Gelb).

### **Knackpunkt Sozial- und Bildungspolitik**

Bleibt der tiefe Graben zwischen SPD und FDP im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik. Dieser Graben war – abseits aller rhetorischen Gefechte – in der Sozialpolitik schon einmal tiefer. Die *Agenda 2010* und die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Programmatik hin zum »vorsorgenden Sozialstaat« haben die SPD in den letzten Jahren verändert. Darin waren sich die Teilnehmer des rot-gelben Abendessens einig.

Entscheidend für eine mögliche Basis für Rot-Gelb(-Grün) auch in der Sozialpolitik wird daher sein, ob sich die FDP nachhaltig von ihrem sozialdarwinistischen, in Finanzierung und sozialer Abfederung nicht belastbaren Sozialstaatsmodell der privaten Absicherung auch entscheidender Lebensrisiken verabschieden kann. Beim Wein nach dem Abendessen war zumindest ein Spekulationsthema, wie ernst es Guido Westerwelle und die FDP mit jüngsten Äußerungen wirklich meinen, auch Freiheit bedürfe einer staatlich garantierten sicheren sozialen Basis.

Der FDP muss auf jeden Fall klar sein, dass mit einer SPD die Aufgabe solidarischer Sicherungssysteme nicht machbar ist. Arbeitslosigkeit, Pflege und Gesundheit sind Gebiete, auf denen zum Solidarsystem keine Alternative besteht. Für die SPD bleibt der Sozialstaat, der die entscheidenden, nicht selbst beeinflussbaren Lebensrisiken solidarisch absichert, die Grundlage, von der aus die Menschen überhaupt erst in der Lage und bereit sind, sich den Herausforderungen der globalisierten Gesellschaft zu stellen. Der Sozialstaat ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und Risikobereitschaft, nicht dessen Folgeerscheinung. Gegen diese Überzeugung ist derzeit in Deutschland, das zeigen die Bundestagswahlen 2002 und 2005, keine politische Mehrheit zu erringen.

Zum Glück für eine rot-gelbe Koalitionsperspektive auf Bundesebene hat der Bund spätestens seit der Föderalismusreform kaum mehr Einfluss auf die schulische Bildungspolitik. Die FDP-Klientel-Politik, die als Gegenstück zum Gymnasium auch schwache Hauptschulen erfordert, nimmt irrational keine Kenntnis vom bildungspolitischen Vorsprung der Länder, in denen Kinder länger gemeinsam lernen und individueller gefördert werden. In der Schulpolitik sind die heutigen Liberalen die wirklichen Konservativen, wenn auch aus Kalkül und nicht aus Überzeugung.

Aber selbst die Bildungspolitik wäre abseits von BAFÖG nur noch auf Landesebene ein Hindernis für Rot-Gelb, gute Chancen also für die Grundfarbe Rot in der bunten Zukunft der bundespolitischen Polit-Ehen auf Zeit.



Ulrich Kelber (\*1968)  
MDB, ist seit 2005 stellvertretender  
Vorsitzender der SPD-Bundestags-  
fraktion.

[Ulrich.Kelber@bundestag.de](mailto:Ulrich.Kelber@bundestag.de)